

■ Mundgesundheits in Deutschland

Das Robert Koch-Institut (RKI) hat im Juli in der Reihe „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“ ein Themenheft (GBE 47) zur Mundgesundheits der Bevölkerung in Deutschland herausgegeben. Darin gibt das Institut eine Übersicht über verschiedene Erkrankungen und Störungen der Mundgesundheits sowie deren Verbreitung. Risikofaktoren und Krankheitsursachen werden diskutiert sowie die Folgen der Erkrankungen – auch auf die Allgemeingesundheits – erläutert. Auch Prävention und Therapien sowie deren Kosten werden thematisiert. Bei Kindern und Jugendlichen wird der positive Effekt von Fluoriden in der Gruppen- und Individualprophylaxe hervorgehoben, gleichzeitig jedoch auch die Polarisierung der Karies angesprochen. Bei Erwachsenen und Senioren seien Karies und Zahnverluste seit 2005 erstmals zurückgegangen. Drei Viertel aller Deutschen hätten ein gutes Mundpflegeverhalten und gingen regelmäßig zu Kontrolluntersuchungen zum Zahnarzt. Das Themenheft kann unter www.rki.de heruntergeladen werden.

lin

■ Analyse: Kosten in Arztpraxen steigen

Die Ausgaben in deutschen Arztpraxen sind in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Branchenanalyse der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (apoBank). Von 2006 bis 2008 stiegen die Kosten demnach um 5,3 Prozent. Die Ergebnisse im Detail: Personalkosten stiegen um 4,6 Prozent, Raumkosten um 5,1 Prozent, sonstige Kosten um 2,8 Prozent. Die Zahlen ergeben sich aus einer Erhebung der apoBank, bei der die Kostenentwicklung von knapp 5000 Arztpraxen von 2006 bis 2008 anonymisiert analysiert wurde.

lin/apoBank

■ ABZ: Aufsichtsratsvorsitzender bestätigt

Die Abrechnungs- und Beratungsgesellschaft für Zahnärzte (ABZ eG) hat im Juli den Augsburger Zahnarzt Dr. Alois Stiegelmayr als Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestätigt. Die Generalversammlung der ABZ eG wählte Stiegelmayr für weitere drei Jahre in den Aufsichtsrat, im Anschluss bestätigte der Aufsichtsrat Stiegelmayr als Vorsitzenden des Gremiums. Auch Jörg Weishaupt wurde wieder in den Aufsichtsrat gewählt.

lin/ABZ eG

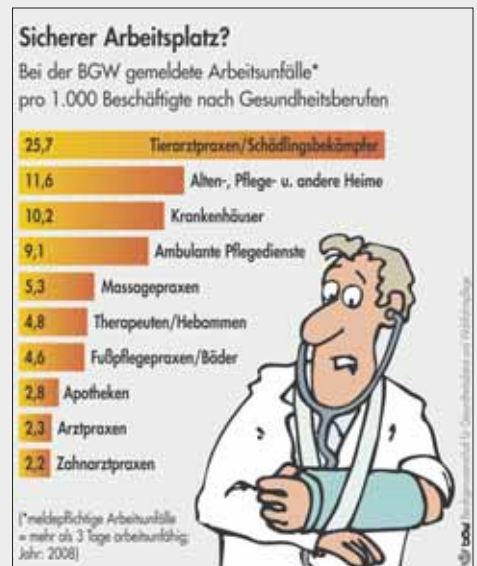
■ BFB: Bilden Sie aus!

Dr. Ulrich Oesingmann, Präsident des Bundesverbands der Freien Berufe, hat alle Freiberufler dazu aufgerufen, auch in diesem Jahr wieder Ausbildungsplätze anzubieten. „Bilden Sie heute die jungen Menschen aus, die Sie morgen dringend benötigen“, sagt Oesingmann. Aufgrund der demografischen Entwicklung werde die Zahl der Bewerber in den nächsten Jahren dramatisch zurückgehen. Dann drohe auch Freiberuflern ein massiver Fachkräftemangel. Wer einen Ausbildungsplatz zu vergeben hat, teilt dies am besten der zuständigen Agentur für Arbeit mit, da sich ausbildungssuchende Jugendliche hier melden, so der BFB. Im letzten Jahr wurden in freiberuflichen Praxen und Kanzleien 43 000 Neuverträge mit Auszubildenden geschlossen. Oesingmann ist optimistisch, dass zum Ende des Ausbildungsjahres am 30. September 2009 wieder genauso viele Neuverträge abgeschlossen werden.

lin/BFB

■ Zahnarztpraxis: Wenige Arbeitsunfälle

In Zahnarztpraxen passieren im Vergleich zu anderen Gesundheitsberufen die wenigsten Arbeitsunfälle. Das zeigen Zahlen der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) von 2008. In Zahnarzt- und Arztpraxen hatten demnach nur zwei von 1000 Beschäftigten einen Arbeitsunfall, in Tierarztpraxen waren es hingegen 26 Unfälle. Stress und Hektik bei der Arbeit seien die häufigsten Gründe, so die BGW. Insofern sei es ein Symptom für die zunehmende Arbeitsverdichtung im Gesundheitswesen, dass Krankenhäuser und Heime in der Statistik auf Platz zwei und drei stehen.



lin/BGW

■ Krankenkassen im Fusionsfieber

Die Fusionswelle bei den Krankenkassen hält an: Gab es im Januar 2006 noch 253 gesetzliche Kassen, sind es derzeit nur noch 186. Allein das AOK-System verzeichnet bislang vier Fusionen, eine weitere bahnt sich an, nämlich zwischen der AOK Westfalen-Lippe und der AOK Rheinland-Hamburg. Die meisten Fusionen gibt es jedoch bei den Betriebskassen. In Baden-Württemberg werden sich zum 1. Januar 2010 drei BKKen zusammenschließen. Dadurch entsteht die bundesweit größte BKK mit rund 1,5 Millionen Versicherten. Bereits zum 1. August haben Novitas BKK und ABC-BKK fusioniert. Aber auch die Ersatzkassen suchen Partner. Die DAK und die Hamburg Münchener Krankenkassen gehen ebenfalls ab dem nächsten Jahr gemeinsame Wege – mit rund 6,3 Millionen Versicherten. Zwei Fusionen hat die Kaufmännische Krankenkasse in diesem Jahr vollzogen – mit der BKK der Allianz und der Metro AG Kaufhof. Verhandlungen über einen möglichen Zusammenschluss führen auch die Barmer Ersatzkasse und die Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse. Mit zusammen 8,5 Millionen Versicherten würde dabei die größte Krankenkasse bundesweit entstehen. Diesen Status hat derzeit noch die Techniker-Krankenkasse. Sie hatte im Januar 2009 die IKK direkt übernommen und wurde mit 7,1 Millionen Versicherten zur größten deutschen Kasse. Diese Entwicklung ist ganz im Sinne von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Dem „Weser-Kurier“ sagte sie, Deutschland brauche maximal 50 Krankenkassen. vo

■ Bundestagswahl: Entscheiden die Überhangmandate?

Überhangmandate können bei der Bundestagswahl am 27. September eine entscheidende Rolle spielen. Darauf haben der Friedrichshafener Politikwissenschaftler Joachim Behnke und der Leiter des Umfrage-Instituts Forsa, Manfred Güllner, hingewiesen. Sie rechnen damit, dass vor allem die Union von den Überhangmandaten profitieren wird. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält, als ihr nach dem bundesweiten Verhältnis der Zweitstimmen an Sitzen zustehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es für Schwarz-Gelb zur Regie-

rungsbildung reicht, so Behnke, liege ohne die Berücksichtigung von Überhangmandaten bei 66 Prozent, mit bei knapp 90 Prozent. Durch die Überhangmandate wächst auch das Gewicht der Erststimme, mit der der Direktkandidat gewählt wird. Traditionell profitieren davon die großen Parteien. Ein Beispiel: Viele strategische Wähler wählen mit der Erststimme die Union und mit der Zweitstimme die FDP. Dieses Wahlverhalten fördert die Entstehung von Überhangmandaten und erhöht damit die Chancen für eine bürgerliche Mehrheit. ho

■ Die KZVB auf Wikipedia

Als erste Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) Deutschlands ist die KZV Bayerns im Internetlexikon Wikipedia vertreten. Seit Mitte Juli informiert die KZVB in dem Portal über ihre Aufgaben und Strukturen. Auf Wikipedia, der freien Enzyklopädie im Internet, werden täglich neue Beiträge von freien Autoren eingestellt. Viele dieser Artikel werden aber wieder gelöscht, weil die enzyklopädische Relevanz nicht gegeben ist. Entscheidend für den Erfolg ist es, das umfangreiche Regelwerk von Wikipedia.de vor Erstellen des Beitrags gründlich zu studieren. Der Artikel über die KZVB wurde innerhalb weniger Stunden ohne Änderungen von den Administratoren freigeschaltet. wvf

■ Leistungen sind steuerfrei

Eine Praxisausfallversicherung sollte jeder Zahnarzt haben. Sie trägt die laufenden Kosten, wenn man krankheitsbedingt den Beruf nicht ausüben kann. Strittig war bislang, wie die Leistungen einer solchen Versicherung steuerlich zu behandeln sind. Der Bundesfinanzhof hat nun ein eindeutiges Urteil gefällt: Die Praxisausfallversicherung ist eine private Versicherung, die Leistungen sind folglich nicht zu versteuern. Im Gegenzug sind aber auch die gezahlten Beiträge nicht als Betriebsausgaben absetzbar. Im konkreten Fall war eine Ärztin nach einem Unfall länger krankgeschrieben, die Versicherung kam für die Praxiskosten auf. Der Bundesfinanzhof entschied, dass diese Zahlungen keine Betriebseinnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit sind und damit nicht der Steuerpflicht unterliegen. (Az.: VIII R 6/07). vo